

## Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 17. September 2006: Ein „Weiter so“ trotz herber Verluste des Koalitionspartners

Oskar Niedermayer und Richard Stöss

### 1. Die Ausgangslage

Im Sommer 2001 nahm die SPD eine CDU-Spendenaffäre, die sich schnell zu einer Finanzkrise der mehrheitlich landeseigenen Bankgesellschaft Berlin und des gesamten Landes ausweitete, zum Anlass, die Koalition mit der CDU aufzukündigen und vorgezogene Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus herbeizuführen<sup>1</sup>. Nach der Wahl wagte die SPD das „größte politische Experiment seit der Wiedervereinigung“<sup>2</sup>, indem sie eine – in beiden Parteien durchaus nicht einhellig befürwortete – Koalition mit der PDS einging. Auch die Meinung der Berliner Bevölkerung zu dieser Koalition war gespalten: „Die einen empfanden das – zwölf Jahre nach dem Mauerfall – als ein Zeichen beginnender West-Ost-Normalität, die anderen als eine politische Katastrophe.“<sup>3</sup>

Gemessen an diesen Ausgangsbedingungen gestaltete sich die Regierungsarbeit des rot-roten Senats erstaunlich harmonisch. In der gesamten Legislaturperiode „gab es keine wirklich gefährlichen Bruchstellen“<sup>4</sup>. In der Regel war die PDS für die SPD ein bequemer Partner, obwohl ausgerechnet die Koalition aus Sozialdemokraten und Sozialisten in der Nachkriegsgeschichte Berlins „die erste marktwirtschaftlich orientierte Stadtregierung“<sup>5</sup> bildete, die sich daran machte, „die nach Jahrzehnten der Teilung und großkoalitionärer Stillstandpolitik heruntergewirtschaftete Hauptstadt und vor allem deren Haushalt zu sanieren“<sup>6</sup>. Dies bedeutete einen Sparkurs, der den Berlinern massive Opfer abverlangte: Der Senat strich unter anderem die Milliardensubventionen für die lokale Wohnungswirtschaft, kürzte die Löhne im öffentlichen Dienst, stoppte die Neubesetzung von Stellen, schaffte die Lernmittelfreiheit ab, erhöhte die Gebühren für die Kindertagesstätten und verfügte Einschnitte in der Kulturförderung wie bei den Universitäten. Auch wenn damit erste Erfolge erzielt werden konnten, waren die finanziellen Altlasten mit über 60 Milliarden Euro jedoch so riesig, dass Berlin ohne Bundeshilfen keinen Weg aus der Schuldenfalle sah. Der Senat reichte daher im September 2003 eine Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, mit der der Bund zu einer Teilentschuldung Berlins bewegt werden sollte.

1 Vgl. Oskar Niedermayer / Richard Stöss, Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 21. Oktober 2001: Regierungswechsel nach vorgezogenen Neuwahlen, in: ZParl, 33. Jg. (2002), H. 2, S. 244 – 261.

2 Stefan Berg u.a., Die neue Farbenlehre, in: Der Spiegel, Nr. 50/2001.

3 Infratest dimap, BerlinTREND: 100 Tage rot-roter Senat, Berlin, April 2002, S. 1.

4 Gilbert Schomaker, Fünf Jahre Rot-Rot – die Bilanz, in: Berliner Morgenpost vom 6. September 2006.

5 Walter Wüllenweber / Eva Häberle, Hauptstadt mit Hartz, in: Der Stern, Nr. 38/2006.

6 Christoph Seils, Liebling Wowi, in: ZEIT online vom 28. August 2006.

Auch im wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Bereich konnten die Probleme Berlins trotz einiger Erfolge nicht nachhaltig gelöst werden. Zwar wurde einerseits mitten in der heißen Wahlkampfphase der erste Spatenstich für den neuen Großflughafen Berlin Brandenburg International (BBI) getan, die Sanierung der Bankgesellschaft wurde in Angriff genommen und die Wirtschaftsförderlandschaft durch eine zentrale Anlaufstelle für Investoren gestrafft, andererseits existieren immer noch hohe bürokratische Hürden, die Investitionsquote ist gering, der De-Industrialisierungsprozess konnte nicht gestoppt werden, die defizitären städtischen Wohnungsbaugesellschaften stellen die Stadt vor große Probleme, und die Arbeitslosigkeit ist immer noch extrem hoch.

Als die Folgen des Sparkurses den Bürgern immer deutlicher wurden, quittierten sie dies vom Herbst 2002 bis zum Herbst 2004 mit einem immer stärkeren Vertrauensentzug für die SPD; danach begann jedoch unter dem Eindruck erster Erfolge der Haushaltskonsolidierung und einer weitgehend geräuschlosen Regierungsarbeit eine lang anhaltende Erholungsphase, die bis ins Wahljahr anhielt. Die CDU konnte vom Popularitätseinbruch der SPD zunächst profitieren, fiel aber seit Mitte 2004 in der Wählergunst immer stärker ab. Bei der Bundestagswahl im September 2005 fuhr sie mit 22,0 Prozent der Zweitstimmen ein katastrophales Ergebnis ein und lag zu Beginn des Abgeordnetenhaus-Wahljahres 2006 in der politischen Stimmung mit über zehn Prozentpunkten Abstand deutlich hinter der SPD, die mit ihrem Regierenden Bürgermeister *Klaus Wowereit* den von den Bürgern mit Abstand am besten bewerteten Politiker Berlins aufbieten konnte<sup>7</sup>. Der CDU fiel es bis dahin extrem schwer, sich mit der nach 20 Regierungsjahren ungewohnten Oppositionsrolle abzufinden. Statt den politischen Gegner zu attackieren, waren „Fraktion und Partei vorrangig mit internen Grabenkämpfen beschäftigt“<sup>8</sup>, die zu einem erheblichen Verschleiß an Spitzenpersonal führten: Ex-Spitzenkandidat *Frank Steffel*, der sich den Posten des Fraktionsvorsitzenden gesichert hatte, verlor wegen seiner Strippenziehereien im Frühjahr 2003 sein Amt; schon im Februar 2002 trat der frühere Regierende Bürgermeister, *Eberhard Diepgen*, nach 18 Jahren als Landesvorsitzender zurück; sein im Mai 2002 gewählter Nachfolger *Christoph Stözl* gab nach einem knappen Jahr auf, und dessen Nachfolger, *Joachim Zeller*, warf nach zwei Jahren das Handtuch.

Der neue Landesvorsitzende *Ingo Schmitt* versprach, für die Abgeordnetenhauswahl 2006 einen profilierten CDU-Bundespolitiker als Berliner Spitzenkandidat zu gewinnen. Die Suche gestaltete sich jedoch äußerst schwierig. Monatelang versuchte man auf nicht allzu professionelle Weise, den scheidenden Chef der UN-Umweltbehörde, *Klaus Töpfer*, zu einer Kandidatur zu bewegen, scheiterte damit jedoch. Aus der Reihe von Namen, die danach bei der fieberhaften und quälenden Ausschau nach einer personellen Alternative genannt wurden, kristallisierte sich schließlich der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, *Friedbert Pflüger*, heraus. Er war wegen seiner 1991 geäußerten Ablehnung des Regierungsumzugs nach Berlin zunächst von Teilen der Partei abgelehnt worden, wurde auf dem CDU-Landesparteitag Ende März aber doch mit überwältigender Mehrheit gewählt. Angesichts des desolaten Zustandes der „einem Trümmer-

7 Vgl. die monatlichen Umfragen zur politischen Stimmung und Politikerbewertung von forsa im Auftrag der Berliner Zeitung.

8 *Karsten Hintzmann*, In fünf Jahren nur ein großer Sieg, in: Berliner Morgenpost vom 7. September 2006.

feld<sup>9</sup> gleichenden, nach Ansicht politischer Beobachter als „intrigant und provinziell“<sup>10</sup> wahrgenommenen Partei, kommentierte dies die taz mit den Worten: „CDU kürt *Pflüger* zum Verlierer.“<sup>11</sup> Auch konservative Blätter sahen zwar seine einstimmige Nominierung durch den CDU-Vorstand und die zwölf Kreisvorsitzenden als günstiges Zeichen, räumten der Partei und ihrem Kandidaten aber erst im zweiten Anlauf bei der übernächsten Wahl unter der Bedingung weiterer Konsolidierung eine realistische Erfolgchance ein<sup>12</sup>.

Aufgrund der Schwäche der größten Oppositionspartei während der Legislaturperiode konnte sich der Fraktionsvorsitzende der FDP, *Martin Lindner*, oft als der „eigentliche Oppositionsführer“<sup>13</sup> profilieren und damit im Verein mit dem Landesvorsitzenden *Markus Löning* die Lücke annähernd füllen, die der 2004 verstorbene *Günter Rexrodt* bei den Hauptstadt-Liberalen gerissen hatte. Wie fragil die Lage allerdings bei den in den neunziger Jahren von innerparteilichen Zerwürfnissen geplagten Liberalen noch war, zeigten drei Austritte aus der Fraktion und der chaotische Parteitag im November 2005 zur Frage der Landes- oder Bezirkslisten<sup>14</sup>. Auch in der Wählergunst rutschte die FDP während der Legislaturperiode immer mal wieder auf oder in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde ab, ein Schicksal, das der dritten Oppositionspartei, den Grünen, erspart blieb. Auch wenn deren zwischenzeitlicher Höhenflug auf Werte an die 20 Prozent mit der Erholung der SPD wieder abebbte, konnte die Partei darauf hoffen, im Wahljahr 2006 mit der von ihrem Spitzenergebnis bei der letzten Abgeordnetenhauswahl weit entfernten Linkspartei.PDS<sup>15</sup> wieder um Platz drei zu konkurrieren.

## 2. Der Wahlkampf

Bis zum Ablauf der Meldefrist für die Wahlen am 17. Mai 2006 hatten 39 Parteien eine Beteiligungsanzeige abgegeben. Der Landeswahlausschuss beschloss am 1. Juni, 36 Parteien zuzulassen<sup>16</sup>. Die Grünen und die FDP hatten schon wesentlich früher den (Vor-)

- 9 *Stefan Berg*, Frösche im Sumpf, in: Der Spiegel, Nr. 3/2006.
- 10 So der frühere CDU-Wahlkampfberater *Michael Spreng* in einem Interview mit dem Tagesspiegel vom 5. Januar 2006.
- 11 *Matthias Lohre*, CDU kürt Pflüger zum Verlierer, in: die tageszeitung vom 1. April 2006, Hervorhebung nicht im Original.
- 12 Vgl. zum Beispiel: Mit Freischuss?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Januar 2006.
- 13 *Joachim Fabrun*, Ein begabter Rhetoriker auf der Suche nach Antworten, in: Berliner Morgenpost vom 4. September 2006.
- 14 Der FDP-Fraktionsvorsitzende *Lindner* und der FDP-Landeschef *Markus Löning* hatten für einen Antrag geworben, zur Berliner Abgeordnetenhauswahl mit einer Landesliste anzutreten. Dies lehnte der Landesparteitag am 13. November 2005 ab, so dass die FDP in Berlin weiterhin mit Bezirkslisten antrat. Vgl. *Christine Richter*, Die Partei – das sture Wesen, in: Berliner Zeitung vom 15. November 2005.
- 15 Der Berliner Landesverband hat sich im Zuge der bundesweiten Zusammenarbeit mit der WASG als letzte regionale Gliederung der PDS vor der Bundestagswahl 2005 auf der Außerordentlichen Tagung des 9. Landesparteitages am 7. August 2005 durch Satzungsänderung in „Die Linkspartei.PDS (Die Linke)“ umbenannt.
- 16 Neben der Wahl zum Abgeordnetenhaus fanden Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen sowie eine Volksabstimmung zur Änderung der Verfassung statt. Fünf Parteien – dar-

Wahlkampf eröffnet. Am 18. März beschlossen die Grünen ihr Wahlprogramm, in dem sie sich als moderne Großstadtpartei darstellten, die Signale für die Zukunftsfähigkeit der Stadt in den Schwerpunktbereichen Bildung, Wirtschaft und Umwelt setzen will. Ihr Ziel war, drittstärkste Kraft zu werden und eine Koalition mit der SPD – notfalls auch ein Dreierbündnis mit SPD und Linkspartei.PDS – einzugehen. Zwei Wochen später wurde die Landesliste aufgestellt, wobei die „als ‚Oberreala‘ bekannte“<sup>17</sup> ehemalige Bundestagsabgeordnete *Franziska Eichstädt-Boblig* zur Spitzenkandidatin gewählt wurde. Auch die FDP wählte ihren Spitzenkandidaten, den Fraktionschef *Martin Lindner*, am 25. März mit überwältigender Mehrheit und verabschiedete ein Wahlprogramm mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Bildung.

Am 20. Mai folgte die SPD mit ihrem als ein „in die Farben der SPD getauchtes Wowi-Festival“<sup>18</sup> inszenierten Parteitag. Unter dem Motto „Konsequent Berlin“ sollten die Themen Wirtschaft und Wissenschaft, Bildung und soziale Stadtentwicklung den Fokus der Wahlkampagne bilden, wobei man den Sparkurs fortsetzen wollte, ohne jedoch den Bürgern noch einmal solche Opfer zuzumuten wie in der Vergangenheit. Die Parteitagssinszenierung machte allerdings deutlich: „Das Programm heißt *Klaus Wowereit*.“<sup>19</sup> Der einstimmig zum erneuten Spitzenkandidaten gewählte Regierende Bürgermeister sollte in einem stark auf ihn zugeschnittenen Wahlkampf dafür sorgen, dass die SPD mit Abstand stärkste Partei bleiben und möglichst mehrere Koalitionsoptionen erhalten würde. Einer Koalition mit der CDU erteilte *Wowereit* jedoch sofort eine klare Absage, wohingegen er sich sowohl mit der Linkspartei.PDS als auch mit den Grünen eine Zusammenarbeit vorstellen könne; die FDP wurde von ihm nicht erwähnt<sup>20</sup>.

Auch die Linkspartei.PDS, die am 10. Juni den Wirtschaftssenator *Harald Wolf* zu ihrem Spitzenkandidaten wählte, machte deutlich, dass sie die Regierungskoalition fortsetzen wollte. Kurz zuvor war das monatelange Tauziehen um einen gemeinsamen oder getrennten Wahlantritt von Linkspartei.PDS und WASG beendet worden. Nachdem beide Parteien auf Bundesebene für 2007 ihren Zusammenschluss vereinbart hatten, sollte es nach dem Willen der Bundesvorstände in Berlin keinen getrennten Wahlantritt geben. Einem Zusammengehen auf der Landesebene standen jedoch gravierende Hindernisse entgegen, da der im Frühjahr 2004 zunächst als Verein gegründete Berliner WASG-Landesverband versucht hatte, ein von der Kritik an der Regierungsarbeit der Linkspar-

unter die SPD, die CDU und die FDP – traten mit Bezirkslisten, achtundzwanzig mit Landeslisten an. Weitere drei Parteien beteiligten sich nur mit Wahlkreisvorschlägen an der Abgeordnetenhauswahl oder als Partei an den BVV-Wahlen (Pressemitteilungen des Landeswahlleiters vom 17. Mai und vom 1. Juni 2006).

17 *Felix Lee*, Grüne wählen sich nach links, in: die tageszeitung vom 3. April 2006.

18 *Ulrich Zawotka-Gerlach*, Das Wowi-Festival, in: Der Tagesspiegel vom 21. Mai 2006.

19 *Karsten Hintzmann*, Wowereit ist Programm, in: Berliner Morgenpost vom 21. Mai 2006, Hervorhebung nicht im Original.

20 Der Partei- und Fraktionsvorsitzende *Michael Müller* machte wenig später die Präferenzen deutlicher: Er lobte die Linkspartei.PDS als „sehr verlässlich“ und verkündete, dass in der SPD-Fraktion eine positive Grundstimmung für die Fortsetzung von Rot-Rot existiere, während man die Grünen als „anstrengend“ wahrnehme und er mit der FDP „derzeit nicht genügend Übereinstimmungen“ sehe. Vgl. *Gilbert Schomaker*, SPD will Koalition mit PDS fortsetzen, in: Berliner Morgenpost vom 23. Juni 2006; *Sozialliberales Comeback?*, Interview mit *Michael Müller* und *Martin Lindner*, in: Die Zeit, Nr. 26 vom 22. Juni 2006.

tei.PDS getragenes Volksbegehren zur Abwahl des rot-roten Senats in die Wege zu leiten. Nach langem Hin und Her zeigte sich: „Alter Hass rostet nicht.“<sup>21</sup> Die intern zerstrittene WASG ging unter ihrem Ende November 2005 neu gewählten Landesvorstand auf Konfrontationskurs; Ende Februar 2006 beschloss ein Parteitag den eigenständigen Wahlantritt, und Anfang März wurde dies durch eine Urabstimmung bestätigt. Nachdem der Landesverband Disziplinierungsmaßnahmen des Bundesvorstands gerichtlich abgewehrt hatte, ließ der Landeswahlausschuss am 1. Juni die Partei zur Abgeordnetenhauswahl zu.

Als letzte der Parteien verabschiedete die CDU am 1. Juli ihr Wahlprogramm, nachdem sie es auf drei Regionalkonferenzen, die dazu genutzt wurden, *Friedbert Pflüger* der Parteibasis vorzustellen, diskutiert hatte. Die inhaltlichen Schwerpunkte wurden auf die Formel ABS (Arbeit, Bildung, Sicherheit) gebracht. Mit der unter dem Motto „Berlin kann mehr“ firmierenden Wahlkampagne wollte man den Berlinern die Botschaft vermitteln, dass die Stadt mehr Möglichkeiten habe, als von der rot-roten Regierung genutzt und aktiviert würden. Personell ging es in dieser Phase vor allem darum, *Pflüger* bekannt zu machen. Dies gestaltete sich jedoch wegen der Fußballweltmeisterschaft schwierig. Danach kamen die Berliner Sommerferien, so dass die heiße Phase des Wahlkampfes erst vier Wochen vor der Wahl begann.

Bei der Bewertung der Spitzenkandidaten aller fünf Parteien durch die Bevölkerung bildete *Friedbert Pflüger* von Anfang an das Schlusslicht, und es gelang ihm während des gesamten Wahlkampfes nicht, daran etwas zu ändern. Auch die CDU-Anhänger beurteilten ihn bis zum Schluss deutlich weniger positiv als die SPD-Anhänger *Klaus Wowereit*. Daher präferierten auch über die gesamte Zeit hinweg knapp zwei Drittel der Berliner *Wowereit* und nur ein knappes Fünftel *Pflüger* als Regierenden Bürgermeister<sup>22</sup>. Folgerichtig setzte die Berliner SPD im Wahlkampfsprint unter dem Motto, „wer *Wowereit* will, muss SPD wählen“, voll auf ihren Spitzenkandidaten.

Dass *Pflüger* bei den Berlinern nicht punkten konnte, lag an einer Reihe von Gründen. Der Hauptgrund war: „*Wowereit* ist Berlin. Berlin ist *Wowereit*.“<sup>23</sup> Gegen den „Sonnenkönig im Roten Rathaus“<sup>24</sup>, der geradezu prototypisch das Selbstverständnis und Lebensgefühl der Berliner verkörpert, hätte jeder mögliche Herausforderer einen schweren Stand gehabt. Hinzu kamen jedoch Fehler der CDU-Wahlkampfstrategen und des Kandidaten selbst. In der Frühphase des Wahlkampfes präsentierte man den Herausforderer im präsidialen Stil, der sich nicht scheute, im ersten öffentlichen Rededuell am 13. Juli *Wowereit* in vielen Punkten recht zu geben. Als die SPD dies für die eigene Kampagne instrumentalisierte<sup>25</sup> und die Umfragen schlechter wurden, verschärfte man den Ton. Allerdings misslang das „negative campaigning“ gegen *Wowereit* gründlich. Im TV-Wahlspot stellte man ihn als arbeitsscheuen Partylöwen dar, obwohl er das Image des „Regierenden

21 Alter Hass rostet nicht, in: die tageszeitung vom 11. Januar 2006.

22 Vgl. die Umfragen von forsa, a.a.O. (Anm. 7).

23 *Igor Goldner*, Berlins Conférencier, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 23. August 2006, Hervorhebung nicht im Original.

24 *Werner van Bebber*, Die Ratlosigkeit des Rastlosen, in: Der Tagesspiegel vom 14. September 2006.

25 Die SPD schnitt alle positiven Aussagen *Pflügers* über *Wowereit* aus diesem Duell zusammen und präsentierte sie als Kino-Werbespot mit den Schlussworten, „dem haben wir nichts mehr hinzuzufügen“.

Partymeisters“ schon vor längerer Zeit abgelegt hatte und die SPD-Strategie, ihn als „leicht oberhalb der stadtpolitischen Niederungen“<sup>26</sup> schwebendes, locker-weltoffenes, aber dennoch ernsthaft arbeitendes Stadtoberhaupt zu präsentieren, dem aktuellen Bild *Wowereits* in der Bevölkerung weit besser entsprach. *Pflügers* eigenes Image litt darunter, dass er „von seinen Beratern auf eine Ochsentour durch die Bezirke geschickt“ wurde, bei der sich für ihn „ein Blick für die Stadt als ganzes“<sup>27</sup> und ein Gespür für ihre Stimmungslage nicht einstellte, so dass er zwar „unter größter Anspannung nach dem richtigen Ton suchte“, jedoch „immer wieder leicht daneben“ griff<sup>28</sup>. Zudem verhinderte die mangelnde Attraktivität der Berliner CDU die Gewinnung prominenter auswärtiger Mitstreiter, so dass den Wählern „ein Schatten von Kabinett“<sup>29</sup> präsentiert wurde, das wenig zugkräftig wirkte. Auch *Pflüger* selbst leistete sich einige Ungeschicklichkeiten: Sein Hin und Her im Bekenntnis zu Berlin – erst wollte er im Falle einer Niederlage seine Ämter auf der Bundesebene behalten, dann alle Brücken abbrechen und sich von ganzem Herzen Berlin zuwenden, um wenige Tage später zu verkünden, dass er seine Heimat Hannover hoch und heilig halten wolle – bescherte ihm ein Glaubwürdigkeitsproblem. Im Streit um den Bau einer Moschee in Pankow litt sein bisheriges bürgerlich-liberales Image; sein gescheiterter Versuch, die Sängerin *Vicky Leandros* im Wahlkampf einzuspannen, geriet zur Peinlichkeit, und schließlich sprach er mitten im Wahlkampf von seiner Aufgabe als „mission impossible“.

Dass die CDU während des gesamten Wahlkampfes den Abstand zur SPD nicht verringern konnte, lag jedoch bei weitem nicht nur an ihrem Spitzenkandidaten. Der Partei gelang es trotz aller Anstrengungen nicht, die Hypothek abzutragen, die sie während der Legislaturperiode aufgehäuft hatte: Kurz vor der Wahl waren über vier Fünftel der Berliner der Ansicht, die CDU sei immer noch zu sehr mit sich selbst beschäftigt, nur ein gutes Viertel der Bevölkerung bescheinigte ihr, sie passe zu Berlin<sup>30</sup>, und ihre Leistungen wurden „ungewöhnlich negativ bewertet“<sup>31</sup>. Weder mit Themen aus dem Bereich der ökonomischen noch aus dem Bereich der kulturellen Konflikte vermochte man, gegen die SPD zu punkten, den Wahlkampf zu polarisieren und damit eine Wechselstimmung zu erzeugen. Selbst bei der Bildungspolitik, dem wichtigsten rein landespolitischen Thema mit sehr unterschiedlichen Positionen der Parteien, bei dem die Bevölkerung inhaltlich klar auf der Seite der CDU stand<sup>32</sup>, lag die Partei in der zugewiesenen Problemlö-

26 *Werner van Bebber*, Über den Niederungen, in: Der Tagesspiegel vom 17. Juli 2006.

27 *Joachim Fabrun*, Wahlkampf zwischen Kiez und Metropole, in: Berliner Morgenpost vom 16. September 2006.

28 *Philip Grassmann*, Richtig rackern zwischen Britz und Neukölln, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. August 2006.

29 *Lorenz Maroldt*, Ein Schatten von Kabinett, in: Der Tagesspiegel vom 9. August 2006.

30 Dies war der mit Abstand schlechteste Wert aller relevanten Parteien, die SPD kam auf 77 Prozent, vgl. Infratest dimap, Wahlreport. Abgeordnetenhauswahl in Berlin. 17. September 2006, Berlin, November 2006, S. 105.

31 Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin und Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Mannheim 18. August 2006, S. 1.

32 Für die von der CDU abgelehnte Gemeinschaftsschule, die von der Linkspartei.PDS vehement gefordert wurde und für die sich auch das SPD-Wahlprogramm stark machte – wenn auch *Wowereit* im Wahlkampf versprach, keinen Kulturkampf gegen die Gymnasien zu führen –, sprachen sich nur 39 Prozent der Berliner aus. Die CDU-Forderung, statt des vom rot-roten Senat

sungskompetenz klar hinter der SPD<sup>33</sup>. Zudem bot auch ein möglicher Negativwahlkampf im Stile der „Rote-Socken-Kampagne“ keine wirkliche Mobilisierungschance mehr, da mittlerweile für mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung und auch für die Mehrheit der bürgerlichen Wähler eine Regierung unter Beteiligung der Linkspartei.PDS nichts Besonderes mehr darstellte<sup>34</sup>.

Die Linkspartei.PDS konnte dennoch nicht damit rechnen, ihr hervorragendes Ergebnis der letzten Wahl, wo sie vom Bankenskandal und ihrer Ablehnung des Kriegs in Afghanistan profitieren konnte, auch nur annähernd zu wiederholen. Ihr damaliges Zugpferd *Gregor Gysi*, der 2001 Aufbruchstimmung und Euphorie verbreitend durch Ost- und vor allem West-Berlin getingelt war und „mit einer Charmeoffensive viele Vorurteile gegen die Postkommunisten purzeln“ ließ, war 2002 wegen der Bonusmeilenaffäre von seinem Posten als Wirtschaftsminister zurückgetreten. Sein Nachfolger, der „zwar durchaus kompetent agierende, aber nach außen introvertiert wirkende“ *Harald Wolf*, hatte „nicht das Zeug zur Stimmungskanone“<sup>35</sup>. Zudem trug die misslungene Werbekampagne unter dem Motto „Berlin bewegt“ mit viel zu textlastigen, teils schwer verständlichen Plakatmotiven nicht wesentlich zur Mobilisierung bei, und der Partei gelang es nicht, in der heißen Wahlkampfphase eigene winner-Themen in der Agenda zu verankern. Vor allem war jedoch zu erwarten, dass ein Teil der Wähler die im Wahlkampf „mit Stolz und Opfergestus behaupteten ‚Aufräumarbeiten‘ in einer bankrotten Stadt“<sup>36</sup> nicht goutieren und die Partei für ihren pragmatischen Regierungskurs als handzahmer Spartpartner der SPD abstrafen würde – umso mehr, als mit der WASG eine fundamentaloppositionelle Alternative bereitstand.

Die FDP hingegen wollte mit zehn Prozent plus x das gute Ergebnis von 2001 noch übertreffen. Erreicht werden sollte dies unter dem Motto „Zeit für Macher“ mit einem Programm, das sich im ökonomischen Teil gegen staatliche „Abzocke“ richtete und auf eine weitgehende Privatisierung von Landesbetrieben, den Verkauf von landeseigenen Wohnungen und den Abbau von Beschäftigten im öffentlichen Dienst setzte. In einer Stadt, in der fast die Hälfte der Bürger von staatlichen Transferleistungen lebt und der bürgerliche Mittelstand zu wenig ausgeprägt ist, haben marktliberale Themen jedoch nur einen begrenzten Wirkungskreis – erst recht, wenn die Partei von ihrem Spitzenkandidaten im Wahlkampf so deutlich positioniert wird, „dass die Leute wissen, wo es weh tun wird, wenn es nach der FDP geht“<sup>37</sup>. Um über die eigenen Stammwähler hinaus noch andere Schichten anzusprechen und trotz der CDU-Schwäche eine mögliche Machtperspektive aufzuzeigen, löste man sich daher von der koalitionspolitischen Fixierung auf die CDU und forderte die bürgerlichen Wähler dazu auf, dieses Mal FDP zu wählen, denn

eingeführten Pflichtfachs Ethik den Schülern die Wahl zwischen Ethik und Religion zu lassen, wurde von 72 Prozent der Berliner unterstützt. Vgl. Emnid-Umfrage, publiziert in der Berliner Morgenpost vom 30. August 2006.

33 Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Anm. 31), S. 2.

34 Infratest dimap, a.a.O. (Anm. 30), S. 100.

35 Linkspartei vor schwierigem Spagat, in Berliner Morgenpost vom 3. Juni 2006.

36 *Joachim Fabrun*, Die PDS erlebt im Osten ihr Waterloo, in: Berliner Morgenpost vom 18. September 2006.

37 Liberale feiern sich in Hochstimmung und Die FDP denkt mal wieder an die Ampel, in: Der Tagesspiegel vom 15. beziehungsweise 8. September 2006.

die Chance der Liberalen auf eine Machtteilnahme sei größer als die der CDU<sup>38</sup>. Da die Grünen eine Koalition unter Einschluss der CDU kategorisch ablehnten, bestand eine solche Chance nur in einem Dreierbündnis mit SPD und Grünen, das daher von der FDP nicht ausgeschlossen wurde.

Die Grünen schwankten in ihrer Haltung zu einer Ampelkoalition<sup>39</sup>. Ihre Wahlkampfstrategie wies allerdings durchaus Parallelen zur FDP auf. Laut ihrer Spitzenkandidatin wollten die Grünen „ein Stück weit ein liberales Element in die Berliner Politik einbringen“ und „linke und bürgerliche Politikansätze kreativ miteinander“ verbinden<sup>40</sup>. Da man Schnittmengen im Wählerpotenzial von CDU, FDP und Grünen sah, weil die grünen Antworten auf viele Problembereiche „auch für andere Lager interessant seien“, wollte man nicht nur die eigene Stammklientel, sondern auch bürgerliche Wähler gewinnen.<sup>41</sup> Diese sollten ihre Stimme den Grünen geben, um damit im Senat die Linkspartei.PDS durch die Grünen zu ersetzen oder diese zumindest als Korrektiv in den rot-roten Senat einzubringen. Bei der Schulpolitik fand diese Strategie ihren inhaltlichen Ausdruck in einem Schwenk von dem anfangs vehementen Eintreten für die von den bürgerlichen Wählern abgelehnte Gemeinschaftsschule zu einem Konzept der Zweigliedrigkeit des Schulsystems, in dem die Gymnasien erhalten bleiben könnten.

Die Parteien an den Rändern des politischen Spektrums waren im Wahlkampf nur sporadisch präsent. Nach dem Medienhype um den von der Linkspartei.PDS getrennten Wahlantritt wurde es um die mit radikaler Sozialrhetorik um Wähler werbende WASG unter ihrer Spitzenkandidatin, der einer als linksextremistisch eingestuften Splittergruppe (SAV) angehörenden *Lucy Redler*, merklich ruhiger. Lediglich mit der Einladung von Arbeitslosen in ein Promi-Restaurant kurz vor der Wahl gelang ihr noch einmal ein Medienereignis. Die rechtsextreme NPD mit ihrem Bundesvorsitzenden *Udo Voigt* als Spitzenkandidaten konzentrierte sich vor allem auf den Berliner Südosten und die Jungwähler. In die Schlagzeilen gerieten die Partei und ihr Umfeld wegen ihres aggressiven Wahlkampfes mit massiven Störungen von Veranstaltungen der politischen Gegner und einigen gewaltsamen Übergriffen auf deren Wahlhelfer.<sup>42</sup>

38 So äußerte *Martin Lindner* auf der FDP-Abschlussveranstaltung: „Ich glaube nicht, dass Herr Pflüger die Wahl gewinnt. Deswegen müssen CDU-Wähler dieses Mal FDP wählen.“ Zitiert nach *Gilbert Schomaker*, „CDU-Wähler müssen dieses Mal FDP wählen“, in: Berliner Morgenpost vom 15. September 2006.

39 Verkündete *Franziska Eichstädt-Boblig* beim Auftakt der heißen Wahlkampfphase noch, dass für sie eine Ampel „nicht in Frage“ käme, so schloss sie wenige Tage später eine solche Konstellation „nicht kategorisch aus“. Vgl. Grüne: Wahlkampf-Auftakt mit scharfer Kritik an Wowereit, in: Berliner Morgenpost vom 18. August 2006 und Interview im Tagesspiegel vom 26. August 2006.

40 Interview im Tagesspiegel, a.a.O. (vgl. Anm. 39).

41 So der grüne Fraktionsvorsitzende *Völker Ratzmann* in einem Interview mit der Berliner Morgenpost vom 22. Oktober 2005.

42 Vgl. *Andreas Kopietz*, Attacken im Wahlkampf – Polizei verstärkt ihre Präsenz, in: Berliner Zeitung vom 5. September 2006; *ders.*, Jugendliche im Visier, in: Berliner Zeitung vom 15. September 2006.

### 3. Das Wahlergebnis

Bei der Wahl am 17. September 2006 bewarben sich insgesamt 23 Landes- oder Bezirkslisten um die Zweitstimmen der Wähler, zehn mehr als noch 2001. Stärkste Partei wurde wiederum mit Abstand die SPD, die sich mit 30,8 Prozent um 1,1 Prozentpunkte (PP) gegenüber der Vorwahl verbesserte und damit ihr bestes Ergebnis seit 1990 erreichte (vgl. Tabelle 1). Die CDU lag mit 21,3 Prozent noch –2,5 Punkte unter ihrem Resultat von 2001 und schnitt damit schlechter ab als bei allen vorangegangenen Abgeordnetenhauswahlen seit 1950. Die Linkspartei.PDS verlor nahezu die Hälfte ihrer Wähler (–9,2 PP), blieb aber mit 13,4 Prozent drittstärkste Partei, knapp vor den Grünen, die mit 13,1 Prozent 4,0 Prozentpunkte zulegten. Die FDP fiel mit nunmehr 7,6 Prozent um –2,3 Punkte hinter ihr Zweitstimmenergebnis von 2001 zurück und musste daher den vierten Rang an die Grünen abtreten, die 2001 noch knapp hinter der FDP eingelaufen waren.

<i>Tabelle 1: Ergebnis der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 17. September 2006 (Zweitstimmen)</i>				
Wahlberechtigte	2.425.480			
Wähler	1.407.754			
Wahlbeteiligung	58,0%			
	Berlin insgesamt		Berlin-West	Berlin-Ost
	absolut	%	%	%
SPD	424.054	30,8	31,4	29,8
CDU	294.026	21,3	27,7	11,4
Die Linke	185.185	13,4	4,2	28,1
GRÜNE	180.865	13,1	14,8	10,5
FDP	104.584	7,6	9,3	4,9
GRAUE	52.884	3,8	4,4	3,0
REP	11.922	0,9	0,9	0,8
NPD	35.229	2,6	1,7	4,0
ödp	986	0,1	0,1	0,1
BüSo	2.335	0,2	0,1	0,3
APPD	3.476	0,3	0,2	0,4
AGFG	2.375	0,2	0,1	0,2
WASG	40.504	2,9	2,7	3,3
Bildung	4.601	0,3	0,3	0,4
DAP	1.748	0,1	0,1	0,2
Eltern	10.066	0,7	0,6	0,9
DIE FRAUEN	3.797	0,3	0,2	0,3
HUMANW.	1.390	0,1	0,1	0,1
Tierschutz	11.707	0,8	0,8	1,0
FORUM	632	0,0	0,0	0,1
PASS	2.578	0,2	0,1	0,3
PSG	565	0,0	0,0	0,1
Offensive D	1.846	0,1	0,1	0,1

Abkürzungen: Die Linke = Die Linkspartei.PDS; GRAUE = Die Grauen – Graue Panther; ödp = Ökologisch-Demokratische Partei; BüSo = Bürgerrechtsbewegung Solidarität; APPD = Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands; AGFG = Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit; WASG = Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative; Bildung = Bildungspartei; DAP = Deutsche Arbeitslosen Partei; Eltern = Elternpartei; HUMANW. = Humanwirtschaftspartei; Tierschutz = Mensch Umwelt Tierschutz – Die Tierschutzpartei; FORUM = Neues Forum; PASS = Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen; PSG = Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale; Offensive D = Partei Rechtstaatlicher Offensive.

Quelle: Der Landeswahlleiter Berlin.

Trotz der herben Verluste der Linkspartei.PDS hat sich auch bei dieser Wahl die seit 1990 bestehende „Vorherrschaft des linken Parteienspektrums in Berlin“<sup>43</sup> bestätigt: Rot-Rot-Grün verfügt derzeit über 54,4 Prozent der Zweitstimmen (–4 PP), Schwarz-Gelb über 28,9 Prozent (–4,8 PP).

Das wohl bemerkenswerteste Ereignis dieser Wahl war die um rund zehn Prozentpunkte auf einen „historischen Tiefstand“<sup>44</sup> gesunkene Wahlbeteiligung<sup>45</sup>: 42 Prozent der wahlberechtigten Berliner machten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch (vgl. Tabelle 2). Daher verzeichneten alle Parlamentsparteien Stimmeneinbußen; allein die Grünen verbesserten sich absolut um knapp 33.000 Zweitstimmen. Bezogen auf alle Wahlberechtigten lauteten die Prozentwerte der Parteien wie folgt: SPD 17,5; CDU 12,1; Linkspartei.PDS 7,6; Grüne 7,5; FDP 4,3<sup>46</sup>.

Dass die Wahlbeteiligung nicht noch weiter sank, dürfte auch der regen Beteiligung von Klein(st)parteien geschuldet sein, die teilweise überraschend gut abschnitten: Die Grauen – Graue Panther brachten es auf 3,8 Prozent, die WASG auf 2,9 und die NPD auf 2,6 Prozent. Zusammen genommen verzeichneten die nicht im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien mit knapp 14 Prozent ein Rekordergebnis. Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen<sup>47</sup> erreichten die Grauen 20 Sitze, die WASG 14, die NPD elf Sitze und die Republikaner einen Sitz. Das „eher mittelmäßige bis schwache Ansehen der Berliner Parteien“<sup>48</sup> war also nicht nur für die Mobilisierungsschwäche der Etablierten verantwortlich, sondern begünstigte auch – teils populistische, teils rechtsextreme – Protesthaltungen an den Rändern des Parteiensystems.

Die Kräfteverhältnisse im Abgeordnetenhaus<sup>49</sup> haben sich etwas zu Ungunsten der rot-roten Regierungskoalition verschoben. Die absolute Zahl ihrer Mandate ist zwar 2006 (SPD 53<sup>50</sup>, L.PDS 23) gegenüber 2001 (SPD 44, PDS 33) fast gleich geblieben, weil die SPD einen Teil der Verluste der Linkspartei.PDS wettmachen konnte. Der prozentuale Mandatsanteil beider Parteien betrug jedoch 2001 54,6 Prozent, 2006 nur noch 51 Prozent. Die CDU brachte es auf 37 Mandate (+2), die FDP auf 13 (–2) und die Grünen – wie die Linkspartei.PDS – auf 23 Mandate (+9), darunter fünf Direktmandate. Eine rot-grüne Koalition hätte also über genauso viele Abgeordnete verfügt wie eine rot-rote, nämlich über 76.

Obwohl sich die Ost-West-Unterschiede im Wahlverhalten nach dem Auseinanderdriften 2001 jetzt wieder etwas verringert haben<sup>51</sup>, unterscheiden sich die Wettbewerbs-

43 Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Anm. 30), S. 21.

44 Der Landeswahlleiter (Hrsg.), Wahlen in Berlin am 17. September 2006, Statistisches Landesamt, Berlin 2006, S. 101.

45 Rund ein Viertel der Stimmen wurde auf dem Wege der Briefwahl abgegeben. 2001 betrug der Anteil der Briefwähler circa 18 Prozent.

46 Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Anm. 30), S. 20.

47 Die Sperrklausel betrug drei Prozent und das Mindestwahlalter 16 Jahre.

48 Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 17. September 2006, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 126, Mannheim, September 2006, S. 27.

49 Zusätzlich zu den 130 Grundmandaten (darunter 78 Direktmandate) kamen 2001 14, 2006 19 Überhang- und Ausgleichsmandate, so dass in das Berliner Landesparlament 2001 141, 2006 149 Abgeordnete einzogen.

50 Der SPD sind über die Hälfte der Direktmandate (40) zugefallen.

51 Landeswahlleiter, a.a.O. (Anm. 44), S. 101 ff.

Tabelle 2: Wahlbeteiligung und (Zweit-)Stimmenanteile <sup>a</sup> bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 1950 bis 2006 (in Prozent)								
Jahr	WBET	CDU	SPD	FDP	GRÜ <sup>b</sup>	REX <sup>c</sup>	PDS <sup>d</sup>	SON
1950	90,4	24,7	44,7	23,1				7,6
1954	91,8	30,4	44,6	12,8				12,2
1958	92,9	37,7	52,6	3,8				5,9
1963	89,9	28,8	61,9	7,9				1,3
1967	86,2	32,9	56,9	7,1				3,1
1971	88,9	38,2	50,4	8,4				3,0
1975	87,8	43,9	42,6	7,1				6,4
1979	85,4	44,4	42,7	8,1	3,7			1,2
1981	85,3	48,0	38,3	5,6	7,2			0,9
1985	83,6	46,4	32,4	8,5	10,6			2,1
1989	79,6	37,7	37,3	3,9	11,8	7,5		1,7
1990	80,8	40,4	30,4	7,1	9,3	3,1	9,2	0,5
1995	68,6	37,4	23,6	2,5	13,2	2,7	14,6	6,0
1999	65,5	40,8	22,4	2,2	9,9	3,5	17,7	3,5
2001	68,1	23,8	29,7	9,9	9,1	2,2	22,6	2,7
2006	58,0	21,3	30,8	7,6	13,1	3,5	13,4	10,3

WBET: Wahlbeteiligung; SON: Sonstige.  
<sup>a</sup> Bis 1975 nur eine Stimme.  
<sup>b</sup> 1979 bis 1989: Alternative Liste; 1990: Grüne/AL und Bündnis 90/Die Grünen/Unabhängiger Frauenverband; seit 1995: Bündnis 90/Die Grünen.  
<sup>c</sup> NPD + REP.  
<sup>d</sup> 2006: Die Linkspartei.PDS (Die Linke).  
Quelle: Der Landeswahlleiter Berlin.

bedingungen der Parteien in beiden Stadthälften immer noch deutlich. Das betrifft vor allem die Linkspartei.PDS, die im Osten 28,1 Prozent (–19,5 PP gegenüber 2001) erreichte, im Westen mit 4,2 Prozent (–2,7 PP) aber nicht einmal die Fünf-Prozent-Hürde meisterte. Die CDU brachte es im Osten gerade einmal auf 11,4 Prozent (–1 PP), im Westen immerhin auf 27,7 Prozent (–3,1 PP). Bei den Grünen betrug das West-Ost-Zweitstimmenverhältnis 14,8 zu 10,5 Prozent, bei der FDP 9,3 zu 4,9 Prozent, bei der WASG 2,7 zu 3,3 Prozent und bei der NPD 1,7 Prozent zu 4,0 Prozent. Gleichstand herrschte nur bei der SPD: In Ost-Berlin konnte sie mit knappem Vorsprung gegenüber der Linkspartei sogar stärkste Kraft werden (29,8 Prozent, +6,6 PP), in West-Berlin musste sie dagegen leichte Verluste hinnehmen (31,4 Prozent, –2,3 PP).

Neben dem Ost-West-Gefälle ist noch eine zweite regionale Konfliktlinie für das Wahlverhalten bedeutsam, die auf unterschiedlichen sozialen Milieus, Wohnlagen und Infrastrukturen beruht: der Gegensatz zwischen Stadtzentrum und Peripherie<sup>52</sup>. Die Grünen waren vor allem in dem ungefähr durch den S-Bahn-Ring abgegrenzten Innenstadtbereich erfolgreich, wo sie mit 23,5 Prozent nach der SPD zweitstärkste Partei wurden und auch überdurchschnittliche Gewinne (+6,4 PP) erzielten. In den Randlagen Berlins brachten sie es dagegen nur auf 9,7 Prozent (+3,2 PP). Die CDU reüssierte dagegen in der (westlichen) Peripherie. Dort betrug ihr Zweitstimmenanteil 23,9 Prozent, im Stadtzentrum nur 13,7 Prozent. Auch die FDP erhielt in den Randbereichen mehr Stimmen als in der Innenstadt (8,1 Prozent gegenüber 6,1 Prozent), ebenso die NPD, die in

52 Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Anm. 30), S. 52 ff.

elf Wahlkreisen der östlichen Peripherie die Fünf-Prozent-Hürde überwand. Die Wähleranteile der SPD und der Linkspartei.PDS verteilten sich dagegen gleichmäßig über beide Stadtregionen.

Deuten die Bewegungen im Elektorat auf den ersten Blick auch auf hohe Flexibilität der Berliner Wählerschaft hin, so signalisieren die Wanderungsbilanzen von Infratest dimap<sup>53</sup> doch auch Kontinuität: Von den Berlinern, die sich sowohl 2001 als auch 2006 an der Wahl beteiligten, entschieden sich 2006 69 Prozent für die Partei, der sie schon 2001 ihre Stimme gegeben hatten. 2001 betrug der Anteil der „Wiederwähler“ – bei allerdings höherer Wahlbeteiligung – nur 56 Prozent<sup>54</sup>. Im Zentrum der Wählerwanderungen standen zwei Ströme: hauptsächlich die Abwanderungen in das Nichtwählerlager, dann aber auch die Verluste der Linkspartei.PDS. Abgesehen von den „sonstigen“ haben alle Parteien ehemalige Wähler von 2001 an das Nichtwählerlager verloren. Selbst die Grünen, die 2006 als einzige Parlamentspartei mit einem absoluten Stimmenzuwachs aufwarten konnten, waren nicht in der Lage, ihre Anhänger von 2001 in vollem Umfang zu mobilisieren. Dieses Mobilisierungsdefizit konnten sie allerdings durch Gewinne von anderen Parteien (SPD, PDS) und von Zugezogenen mehr als wettmachen. Die Einbußen der FDP beruhten zu 46 Prozent auf unzureichender Wählermobilisierung, die der CDU sogar zu 62 Prozent. Beim Absturz der Linkspartei.PDS spielten Abwanderungen ins Nichtwählerlager zwar ebenfalls eine wichtige Rolle, knapp die Hälfte ihrer Verluste ging jedoch auf das Konto von Wechslern zu anderen Parteien. Nutznießer waren vor allem die SPD, weiterhin die WASG und die Grünen. Geschwächt wurde die Linkspartei überdies durch den Fortzug ehemaliger Wähler. Die SPD konnte ihre Verluste an andere Parteien (in erster Linie an die Grünen) durch Gewinne von der PDS zwar teilweise kompensieren, musste aber fast 14 Prozent ihrer Anhänger von 2001 an das Nichtwählerlager abtreten.

Über die Hälfte der Berliner orientierte sich bei ihrer Wahlentscheidung an der Sachkompetenz der Parteien, knapp ein Fünftel an den Kandidaten, und etwa ein Viertel ließ sich von der Bindung an eine Partei leiten. Dabei setzten die Anhänger von FDP, Grünen und der Linkspartei.PDS mehr auf Kompetenz und weniger auf Personen, die der SPD besonders häufig auf ihren hoch angesehenen Spitzenkandidaten<sup>55</sup>. 61 Prozent der Wahlberechtigten wünschten sich *Klaus Wowereit*, aber nur 21 Prozent *Friedbert Pflüger* als Regierungschef des Stadtstaats. *Wowereit* punktete „nicht nur durch große Popularität oder den Vorteil im Eigenschaftsvergleich ..., sondern besitzt auch eine ordentliche Leistungsbilanz als Regierender Bürgermeister“<sup>56</sup>. Im Vergleich aller Parlamentsparteien erhielt die SPD noch die besten Bewertungen. In den meisten Politikfeldern, selbst in der Wirtschaftspolitik, wurden ihr mehr Kompetenzen zugeschrieben als der CDU, die nur auf dem Feld der Inneren Sicherheit besser abschnitt. Von den übrigen Parteien konnten nur die Grünen auf Kompetenzvorsprünge verweisen: in der Umweltpolitik und bei der Integration von Einwanderern. Charakteristisch für die politische Stimmung war allerdings auch „das zum Teil massive Vertrauensdefizit gegenüber allen Parteien, besonders

53 Ebenda, S. 35 ff.

54 *Oskar Niedermayer / Richard Stöss*, a.a.O. (Anm. 1), S. 253. Bei Infratest dimap „Wählerstamm“.

55 Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Anm. 30), S. 65.

56 Wahl in Berlin, a.a.O. (Anm. 48), S. 31.

in den wichtigen Feldern Arbeit und Schuldenabbau sowie bei der Lösung der Zukunftsprobleme Berlins<sup>57</sup>.

Insgesamt fällt die Bilanz der Wahl ambivalent aus. Einerseits konnte sich die SPD nach ihrem langjährigen Abwärtstrend als stärkste Partei auf dem 30-Prozent-Niveau stabilisieren und selbst im Ostteil Berlins auf den ersten Platz vorrücken. Mit *Klaus Wowereit* verfügt sie über einen populären Spitzenkandidaten, der sein Image als „Regierender Partymeister“ abgelegt hat und erfolgreich den auch bundespolitisch aktiven Staatsmann gibt. Rot-Rot hat den notwendigen Politikwechsel eingeleitet und seine Bewährungsprobe wenigstens „teilbestanden“<sup>58</sup>, wenn auch der rigide Sparkurs, die Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst, die Kürzung von Sozialleistungen und die Privatisierung von staatlichen Betrieben der zwischen sozialistischem Anspruch und reformerischer Praxis schwankenden Linkspartei.PDS herbe Verluste bescherte. Im Grunde genommen wurde diese nach dem Ausnahmeergebnis der Wahl von 2001, die unter für sie besonders günstigen Rahmenbedingungen stattgefunden hatte, nur auf „Normalmaß“ zurückgestutzt. Dafür hat sie sich auch in den Augen von „Wessis“ zu einer seriösen Regierungspartei entwickelt und als verlässlicher Koalitionspartner erwiesen. Die Grünen konnten sich mit Blick auf ihre Zugewinne als die eigentlichen Wahlsieger feiern, die sogar fünf Direktmandate eroberten. Die FDP vermochte ihre Position als Parlamentspartei zu festigen, nachdem sie zwischen 1995 und 2001 ein außerparlamentarisches Randdasein gefristet hatte. Die CDU konnte sich nach dem fünf Jahre dauernden innerparteilichen Chaos organisatorisch konsolidieren und hat nun die Chance, sich unter Führung von *Friedbert Pflüger* als Oppositionspartei zu profilieren. Einerseits haben sich die Verhältnisse also teilweise normalisiert und stabilisiert; manches hat sich zum Besseren entwickelt. Andererseits verstärken sich aber auch die Anzeichen für Delegitimation und Desintegration: Die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen hat weiter zugenommen, ebenso Partei- und Politik(er)verdrossenheit. Das bei weitem größte Wählersegment bilden die Nichtwähler, die zahlenmäßig stärker sind als die Summe der Anhänger von SPD, CDU und Linkspartei.PDS. Der Wähleranteil der nicht im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien hat den Rekordstand von knapp 14 Prozent erreicht. Ihre gewachsene Bedeutung zeigt sich auch daran, dass sie über insgesamt 46 Bezirksmandate verfügen, darunter elf für die neonazistische und systemfeindliche NPD.

#### 4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Das Wahlergebnis bescherte der SPD und *Klaus Wowereit* die gewünschte doppelte Koalitionsoption, allerdings mit einer nur hauchdünnen Mehrheit für beide Bündnisse. Am Wahlabend legte sich *Wowereit* erwartungsgemäß nicht fest und kündigte Gespräche sowohl mit den Grünen als auch mit der Linkspartei.PDS an. Für eine Neuauflage des rot-roten Bündnisses sprach, dass die erste Legislaturperiode weitgehend harmonisch verlaufen und zwischen der Führungsriege der beiden Parteien ein Vertrauensverhältnis entstanden war. Zudem könnte ein Abwenden vom bisherigen Partner die Spaltung der

57 Infratest dimap, Wahlreport, a.a.O. (Anm. 30), S. 95.

58 Wahl in Berlin, a.a.O. (Anm. 48), S. 16.

Stadt wieder vertiefen. Allerdings war offen, ob die Linke angesichts der „sehr problematischen Stimmung in der Partei“<sup>59</sup> den Regierungskurs überhaupt fortsetzen würde. Zumindest konnte erwartet werden, dass der innerparteiliche Druck der Kritiker einer Regierungsbeteiligung die Führungsriege dazu veranlassen würde, das inhaltliche Profil der Partei in Abgrenzung zur SPD zu schärfen. Für eine rot-grüne Koalition sprach das Argument, dass die Wähler der Linkspartei.PDS eine Abfuhr erteilt und die Grünen deutlich gestärkt hatten, wobei vor allem im Westteil der Stadt die Präferenzen der eigenen Klientel eindeutig auf Rot-Grün gerichtet waren. Zudem hätte die SPD damit über Berlin hinaus signalisieren können, dass die Grünen als Koalitionspartner noch willkommen sind, um damit eine mögliche Annäherung der Grünen an die CDU auf Ebene der Länder zu erschweren. Die Berliner Grünen sahen jedenfalls in dem Ergebnis einen klaren Regierungsauftrag.

Nach ersten Sondierungsgesprächen der SPD mit beiden Parteien in der Woche nach der Wahl waren seitens der Sozialdemokraten noch keine klaren Signale zu hören. Auch in der Linkspartei.PDS hielt man sich bedeckt, während die Grünen eher optimistisch waren. Umso verärgelter waren sie<sup>60</sup>, als sich der SPD-Landesvorstand nach einer zweiten Sondierungsrunde einstimmig für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei.PDS entschied<sup>61</sup>, nachdem diese kurz zuvor auf einem Sonderparteitag nach kontroverser Diskussion mit großer Mehrheit beschlossen hatte, ein eventuelles SPD-Angebot anzunehmen. Die Koalitionsverhandlungen verliefen bei den Sachthemen weitgehend geräusch- und reibungslos. Von der am 19. Oktober verkündeten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Klage Berlins auf Anerkennung einer extremen Haushaltsnotlage abzuweisen, zunächst geschockt, wenige Tage später durch die infolge der verbesserten Konjunktur und der Mehrwertsteuererhöhung zu erwartenden Steuermehreinnahmen wieder etwas beruhigt, einigte man sich auf eine moderate Fortsetzung des bisherigen Sparkurses<sup>62</sup>. Dieses „uninspirierte Weiter so“<sup>63</sup> stieß bei der Opposition erwartungsgemäß auf harsche Kritik.

Die Linkspartei.PDS machte nach der Wahl klar, dass sie auf drei Senatorenposten bestehen würde, die SPD hingegen wollte dem Partner aufgrund seiner Wahlniederlage nur noch zwei zugestehen. Nach einigem Hin und Her wurde der Konflikt in einer für beide Parteien gesichtswahrenden Weise gelöst, indem die Linke drei Senatspositionen

59 So der Landesvorsitzende *Klaus Lederer*, zitiert nach *Katrin Schoelkopf / Gilbert Schomaker*, *Wowereit* bittet zur Sondierung, in: Berliner Morgenpost vom 21. September 2006.

60 Allerdings hatte man auch durch das eigene Verhalten dazu beigetragen, der SPD die Entscheidung zu erleichtern, vgl. hierzu *Christine Richter*, *Machen, nicht jammern*, in: Berliner Zeitung vom 2. Oktober 2006.

61 Neben der Verlässlichkeit als Kriterium nannte *Wowereit* Differenzen bei der Haushaltskonsolidierung und der Privatisierung von Landeseigentum als letztlich ausschlaggebende Gründe gegen die Grünen.

62 Mit der Förderung von Modellprojekten zur Gemeinschaftsschule, dem Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und der Ablehnung einer weiteren Privatisierung von Landesunternehmen wurden dabei inhaltliche Kernforderungen der Linkspartei.PDS weitgehend erfüllt. Zusätzlich vereinbarte man unter anderem eine maßvolle Erhöhung der Grund- und Grunderwerbsteuer, den Verzicht auf weitere Kürzungen bei Bildung, Wissenschaft und Kultur und eine kostenfreie Kita bis 2011.

63 *Philip Grassmann*, *Scheinheiliges Wehklagen*, in: Süddeutsche Zeitung vom 3. November 2006.

erhielt, die aber vor allem aus ihren bisherigen zwei Ressorts Wirtschaft/Arbeit/Frauen und Gesundheit/Soziales zusammengesetzt wurden. Aus ihrem ehemaligen dritten wurde der Wissenschaftsbereich dem Bildungsressort zugeschlagen und die Kultur beim Regierenden Bürgermeister angesiedelt. Nachdem ein Landesparteitag der SPD die Vereinbarungen durchgewunken und die Linkspartei.PDS sich auf ihrem Parteitag „in die Koalition hinein gestritten“<sup>64</sup> hatte, wurde der Koalitionsvertrag am 20. November unterschrieben, und einen Tag später stellte *Wowereit* den designierten neuen Senat vor: Die bisherigen Regierungsmitglieder *Thilo Sarrazin*, *Ehrhart Körting*, *Ingeborg Junge-Reyer*, *Harald Wolf* und *Heidi Knake-Werner* behielten ihre Posten; als neuer Senator für Bildung und Wissenschaft wurde der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister *Jürgen Zöllner*, als Justizsenatorin die brandenburgische Rechnungshofpräsidentin *Gisela von der Aue* und als Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz die Linkspartei.PDS-Berzirksbaustadträtin *Katrin Lompscher* präsentiert (vgl. Tabelle 3).

Regierender Bürgermeister	<i>Klaus Wowereit</i> (SPD)
Innensenator	Dr. <i>Ehrhart Körting</i> (SPD)
Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen	<i>Harald Wolf</i> (Linkspartei.PDS)
Senatorin für Stadtentwicklung	<i>Ingeborg Junge-Reyer</i> (SPD)
Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Prof. Dr. <i>Jürgen Zöllner</i> (SPD)
Finanzsenator	Dr. <i>Thilo Sarrazin</i> (SPD)
Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz	<i>Katrin Lompscher</i> (Linkspartei.PDS)
Justizsenatorin	<i>Gisela von der Aue</i> (SPD)
Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales	Dr. <i>Heidi Knake-Werner</i> (Linkspartei.PDS)

Danach schien die für den 23. November angesetzte Wahl *Klaus Wowereits* zum Regierenden Bürgermeister nur noch eine Formsache zu sein. Zwei Abweichler aus den Reihen der Koalitionsparteien bescherten ihm jedoch einen gehörigen Dämpfer: Im ersten Wahlgang enthielten sie sich der Stimme, so dass *Wowereit* nur 74 Ja-Stimmen erhielt und damit die erforderliche Mehrheit von 75 Stimmen verfehlte. Im zweiten Wahlgang schaffte er es mit 75 Stimmen zwar, ein Abgeordneter der 76 Mitglieder zählenden rot-roten Koalition hatte ihm aber immer noch sein Votum versagt.

Im Lager der Oppositionsparteien steht die CDU vor einer schweren Aufgabe: Sie muss in den kommenden Jahren neues Vertrauen im bürgerlichen Lager aufbauen. Erste Zeichen nach der Wahl wiesen darauf hin, dass die Partei ihre Lektion gelernt hat: Die Christdemokraten wirkten reumütig, sprachen von einem Neuanfang nach fünf Jahren der Selbstdemontage, versicherten, dass die parteiinternen Kämpfe vorbei seien, wählten zwei Tage später *Friedbert Pflüger* mit einem guten Ergebnis zum neuen Fraktionsvorsitzenden und versprachen, im Rahmen einer konstruktiven Oppositionspolitik das Profil der CDU als moderne Großstadtpartei zu stärken. Darüber, wie dieses Profil aussehen

<sup>64</sup> *Tobias Miller*, Die PDS streitet sich in die Koalition hinein, in: Berliner Zeitung vom 20. November 2006.

soll, besteht in der Partei jedoch noch keine Einigkeit. Der frühere Parteivorsitzende *Eberhard Diepgen* mahnte, die CDU müsse sich „mehr um die sozialen Themen“<sup>65</sup> kümmern, während das Diskussionspapier einer Reformgruppe eine stärker neoliberale Ausrichtung forderte.

Unstrittig ist der inhaltliche Kurs in der FDP, die *Martin Lindner* erneut zum Fraktionschef wählte. Er kündigte eine kraftvolle Oppositionsarbeit an, um Rot-Rot „in kurzer Zeit“ abzulösen, und war nach den Ereignissen bei der *Wowereit*-Wahl davon überzeugt, dass diese „morsche“ Koalition nicht die volle Legislaturperiode durchhalten wird<sup>66</sup>. Ob er Recht behält, bleibt abzuwarten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wählte *Franziska Eichstädt-Boblig* und *Volker Ratzmann*, der schon seit 2003 in dieser Funktion fungiert, zu ihren Vorsitzenden. Die ehemalige Ko-Vorsitzende *Sibyll Klotz* wechselte auf das Amt als Stadträtin für Gesundheit und Soziales in den Bezirk Tempelhof-Schöneberg.

### 5. Zusammenfassung

- (1) Die Regierungsarbeit des rot-roten Senats war in der ersten Legislaturperiode erstaunlich harmonisch verlaufen. Die Linkspartei.PDS war für die SPD in der Regel ein bequemer Partner, obwohl die Regierung zur Haushaltssanierung einen Sparkurs einleitete, der der Bevölkerung massive Opfer abverlangte. Trotz einiger Erfolge konnten die Probleme Berlins jedoch nicht nachhaltig gelöst werden.
- (2) Dennoch hatte die SPD mit ihrem Regierenden Bürgermeister *Klaus Wowereit* zum Wahlkampfbeginn einen deutlichen Vorsprung vor der CDU, die sich in einem desolaten Zustand befand, da sie sich jahrelang vorrangig mit internen Grabenkämpfen beschäftigt hatte. Der nach langer Suche präsentierte auswärtige Spitzenkandidat *Friedbert Pflüger* fand daher keine guten Startbedingungen vor.
- (3) Der Linkspartei.PDS stand *Gregor Gysi*, 2001 stärkstes Zugpferd, nicht mehr zur Verfügung. Vor allem aber musste die Partei befürchten, dass ein Teil der Wähler sie für ihren pragmatischen Regierungskurs als handzahmer Sparpartner der SPD abstrafen würde, umso mehr, als mit der getrennt antretenden WASG eine fundamentaloppositionelle Alternative bereitstand.
- (4) Die FDP und die Grünen versuchten, mit dem Argument einer realistischeren Machtperspektive als die der CDU neben ihrer Stammklientel auch potenzielle Wechselwähler aus dem bürgerlichen Lager anzusprechen.
- (5) Stärkste Partei wurde erwartungsgemäß die SPD, die sich mit minimalem Zuwachs auf dem 30 Prozent-Niveau stabilisierte. Die Linkspartei.PDS büßte rund die Hälfte ihrer Wähler ein, verfehlte im Westteil der Stadt die Fünf-Prozent-Marke und musste im Ostteil die Spitzenposition der SPD überlassen. Die CDU fuhr mit gut 20

<sup>65</sup> Zitiert nach *Christine Richter*, Parlament, in: Berliner Zeitung vom 27. September 2006.

<sup>66</sup> Zitiert nach *dies.*, FDP, in: Berliner Zeitung vom 30. September 2006 und *Katrin Schoelkopf*, Die zweite Klatsche für Klaus Wowereit, in: Berliner Morgenpost vom 24. November 2006.

Prozent das schlechteste Ergebnis seit 1950 ein. Die FDP erlitt ebenfalls einige Verluste, schaffte den Einzug ins Abgeordnetenhaus aber mit Leichtigkeit. Eigentlicher Sieger der Wahl waren die Grünen, die als einzige Parlamentspartei absolut Stimmen hinzugewannen und knapp hinter der Linkspartei.PDS und mit deutlichem Abstand zur FDP auf Rang vier vorrückten.

- (6) Die Wahlbeteiligung sank in Folge der gestiegenen Unzufriedenheit um zehn Prozentpunkte und erreichte mit 58 Prozent einen historischen Tiefstand. Die vielen Klein(st)parteien scheiterten zwar an der Sperrklausel, erhielten aber mit fast 14 Prozent so viele Stimmen wie noch nie zuvor. Die WASG landete deutlich unter fünf Prozent und trug daher nur unwesentlich zur Wahlschlappe der Linkspartei.PDS bei. Die rechtsextreme NPD erzielte in Ost-Berlin 4,0 Prozent und zog mit elf Abgeordneten in vier Bezirksparlamente ein.
- (7) Die Ost-West-Differenzen im Wahlverhalten haben sich gegenüber 2001 etwas verringert, dennoch bestehen weiterhin beträchtliche Unterschiede. Die Wählerwanderungen vollzogen sich hauptsächlich in zwei Richtungen: Erstens gaben alle Parlamentsparteien ehemalige Wähler an das Nichtwählerlager ab, was auf erhebliche Mobilisierungsschwächen hindeutet. Zweitens wechselten viele Wähler von der PDS zu anderen Parteien, die dadurch ihre Mobilisierungsdefizite teilweise kompensieren konnten. Insgesamt war die Flexibilität des Elektorats geringer als 2001. Damals betrug der Anteil der konstanten Wähler 56 Prozent, 2006 waren es 69 Prozent – allerdings bei geringerer Wahlbeteiligung.
- (8) Knapp zwei Drittel der Wahlberechtigten wünschten sich *Klaus Wowereit* als Regierenden Bürgermeister, für *Friedbert Pflüger* optierte nur ein Fünftel. *Wowereit* war der Wählermagnet der SPD, die vergleichsweise gute, aber keineswegs überragende Kompetenzzuschreibungen erhielt. Vor allem in Sachen Arbeitsmarktpolitik, Schuldenabbau und Zukunftsgestaltung der Stadt fiel das Vertrauen in alle Parteien sehr gering aus.
- (9) Das Wahlergebnis verschaffte der SPD zwei Koalitionsoptionen: Rot-Rot und Rot-Grün. Sie entschied sich für eine Fortsetzung der bisherigen Koalition. Von den acht Senatorenposten wurden drei neu besetzt. *Klaus Wowereit* wurde erneut zum Regierenden Bürgermeister gewählt, allerdings erst im zweiten Wahlgang.